



Stadt Zürich
Polizeidepartement

Strategischer Plan des Polizeidepartements



2007–2011

Beschluss der Chefkonferenz des Polizeidepartements
vom 7. September 2006

Strategischer Plan des Polizeidepartements

2007-2011

Disposition Strategischer Plan 2007-2011

	Vorwort der Departementsvorsteherin	3
1	Vorbemerkung und Übersicht der Systematik der strategischen Planung	4
2	Umfeld.....	5
	2.1 Demographisches und soziales Umfeld	5
	2.2 Politisches Klima und Gesetzesnovellen	7
	2.3 Extremismus und Kriminalität	8
	2.4 Freizeitverhalten, Mobilität und Umwelt.....	10
	2.5 Technologie.....	11
	2.6 Finanzen.....	11
3	Veränderungen gegenüber dem Strategischen Plan 2006-2010	12
4	Vision des Polizeidepartements	12
5	Leitlinien, Führungsgrundsätze der Departementsvorsteherin: Unsere Mission .	12
	5.1 Engagement und Zielsetzung.....	12
	5.2 Dienstleistungs- und Kundenorientierung.....	12
	5.3 Verantwortung und Kompetenzen	13
	5.4 Kultur.....	13
	5.5 Mitarbeiterzufriedenheit	13
	5.6 Kommunikation und Informationsaustausch.....	14
	5.7 Ressourcen	14
6	Strategische Ziele des Polizeidepartements	15
	6.1 Erfolgspositionen.....	15
	6.1.1 Am Bürgernutzen orientiertes Dienstleistungsangebot.....	15
	6.1.2 Anpassung an Umweltveränderungen durch hohe Flexibilität der Sicherheitsleistungen und moderne Führungsinstrumente.....	16
	6.1.3 Steigerung der Attraktivität als Arbeitgeber	17
	6.2 Langfristige Ziele	17
	6.3 Jahresziele 2007	20
7	Zusammenfassung der Ziele des Departementssekretariats und der Dienstabteilungen	21
	7.1 Departementssekretariat	21
	7.1.1 Langfristige Ziele	21
	7.1.1.1 Schwerpunkte.....	21
	7.1.1.2 Strategische Projekte	21
	7.1.2 Jahresziele 2007	23
	7.2 Stadtpolizei.....	24
	7.2.1 Langfristige Ziele	24
	7.2.1.1 Schwerpunkte.....	24
	7.2.1.2 Strategische Projekte	26
	7.2.2 Jahresziele 2007	27
	7.3 Schutz & Rettung	28
	7.3.1 Langfristige Ziele	28
	7.3.1.1 Schwerpunkte.....	28

	7.3.1.2	Strategische Projekte	29
	7.3.2	Jahresziele 2007	30
7.4		Dienstabteilung Verkehr	32
	7.4.1	Langfristige Ziele	32
	7.4.1.1	Schwerpunkte.....	32
	7.4.1.2	Strategische Projekte	32
	7.4.2	Jahresziele 2007	34
7.5		Stadtrichteramt	34
	7.5.1	Langfristige Ziele	34
	7.5.1.1	Schwerpunkte.....	34
	7.5.1.2	Strategische Projekte	35
	7.5.2	Jahresziele 2007	35

Vorwort der Departementsvorsteherin



Wenn Visionen und Strategien für die Stadt Zürich skizziert werden, dann erscheint der Aspekt der Sicherheit meist recht diskret zwischen den Zeilen, auch wenn durchaus ein allgemeiner Konsens darüber besteht, dass unsere urbane Lebensqualität in hohem Mass durch ein Sicherheitsnetz, das für Alle gleichermassen gilt, bestimmt und geprägt ist. Dass mit „Sicherheitsnetz“ nicht allein die Aufgaben der Dienstabteilungen des Polizeidepartements gemeint sind, sondern alles, was zur existentiellen Sicherheit beiträgt, versteht sich von selbst. Im vorliegenden Strategischen Plan des Polizeidepartements allerdings geht es um die Sicherheit im engeren Sinn, also Sicherheit im Verkehr, im Alltag, im Zusammenleben von Menschen unterschiedlichen Alters und Geschlechts und von unterschiedlicher Herkunft; es geht um Hilfeleistungen in Notsituationen, in denen Kompetenz und Schnelligkeit der Blaulichtorganisationen gefragt sind. Und darüber hinaus geht es natürlich um all jene Projekte, bei denen wir interdisziplinär mit andern Fachleuten innerhalb und ausserhalb der Stadtverwaltung und mit der Bevölkerung zusammenarbeiten, um gemeinsam unsere Verantwortung für eine sichere und lebenswerte Stadt wahrzunehmen.

Mit Freude und Begeisterung – und auch mit ein wenig Stolz – stellen wir Ihnen hier den 7. Strategischen Plan des Polizeidepartements vor: Wie in den Vorjahren wurde dieser Aufgaben- und Finanzplan mit dem gesamtstädtischen IAFP abgeglichen und durch die Chefkonferenz des Polizeidepartements im September 2006 verabschiedet. Wir sind überzeugt, dass wir mit diesem Vorgehen nicht nur die Ausgaben besser steuern können und die Planungssicherheit für unsere MitarbeiterInnen erhöhen, sondern dass wir damit auch dem Parlament und der Bevölkerung gegenüber unsere Tätigkeitsfelder und thematischen Schwerpunkte in aller Deutlichkeit und Transparenz aufzeigen können, was wiederum Vertrauen zu schaffen vermag. Rund um die Uhr, an jedem Tag des Jahres engagieren sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Polizeidepartements für Zürichs Sicherheit - und der Erfolg gibt uns Recht. So verfolgen wir weiterhin unser gemeinsames Ziel:

Zürich hält weltweit den Spitzenplatz punkto Lebensqualität und Sicherheit rund um die Uhr.

1 Vorbemerkung und Übersicht der Systematik der strategischen Planung

Der vorliegende Strategische Plan des Polizeidepartements ist bereits der fünfte seiner Art.

Gegenüber seinen Vorgängern haben sich der Aufbau und das Lay-out leicht verändert. Vor allem wird deutlicher unterschieden zwischen kurz- und langfristigen Zielen und zwischen strategischen Zielen auf Stufe des Departements und Zielen der einzelnen Dienstabteilungen.

Und erstmals wurde der Strategische Plan in einem kaskadenartigen System erarbeitet. Ausgangspunkt war die Klausur der Erweiterten Chefkonferenz des Polizeidepartements¹ vom 4. Oktober 2005 in Rüslikon. Departementsinterne Ziele der neuen Legislatur - die als langfristige Ziele in den Strategischen Plan einfließen sollen - wurden andiskutiert. In der Folge hatten die Dienstabteilungen Gelegenheit, zu diesen grobrastrigen Formulierungen Stellung zu beziehen und gleichzeitig auf ihrer Stufe eigene Ziele zu entwerfen. Im sogenannten DAGL²-Strategieforum am 16. Januar 2006 - einer Zusammenkunft von Departementsleitung und allen Mitgliedern der Geschäftsleitungen der vier Dienstabteilungen - erfolgte eine entsprechende Auslegeordnung und eine Diskussion der Entwürfe in gemischten Arbeitsgruppen. Die Resultate des Forums boten dann die Basis für die Formulierung des Textteils des vorliegenden Plans. Dieser wurde in der Klausur der Erweiterten Chefkonferenz vom 14. März 2006 finalisiert, anschliessend redigiert und an der CKPD-Klausur vom 15./16. Mai 2006 gleichzeitig mit den Aufträgen für die weiteren Schritte den Dienstabteilungen als Vorabdruck zur Verfügung gestellt. Vorbehalten waren selbstverständlich Änderungen und Ergänzungen, die sich aus der Festlegung der Legislatorschwerpunkte des neu konstituierten Stadtrates ergeben würden. Der Vorabdruck diente den Dienstabteilungen dazu, einerseits auf dieser Grundlage ihre eigenen Ziele herunterzubrechen und andererseits die Ressourcenplanung für den gesamtstädtischen Integrierten Ausgaben- und Finanzplan (IAFP) sowie das Budget 2007 daraus abzuleiten.

¹ Bestehend aus der Vorsteherin des Polizeidepartements, den Dienstchefs der vier Dienstabteilungen und ihren Stellvertretern, der Departementssekretärin und dem Departementssekretär, dem Kommunikationsbeauftragten und der Departementscontrollerin.

² DAGL = Dienstabteilungs-Geschäftsleitungen

Am 7. September 2006 schliesslich hat die Chefkonferenz des Polizeidepartements (CKPD; bestehend aus der Departementsvorsteherin, den Chefs der vier Dienst-
abteilungen, den beiden Departementssekretären und dem Kommunikations-
beauftragten des Polizeidepartements) die endgültige Version des Strategischen Plans
2007-2011 verabschiedet³.

Dank dem neuen Rhythmus der Erarbeitung steht nun also bereits im dritten Quartal des
Vorjahres der Strategische Plan für die nächste Periode zur Verfügung. Dadurch soll
diesem Instrument auch die Bedeutung zukommen, die es verdient: Es ist in erster Linie
ein Werkzeug für die Planung, bis hinunter zum Zielvereinbarungsgespräch mit den
einzelnen Mitarbeitenden im Rahmen des ZBG-Prozesses. Zudem bildet er im Rahmen
des departementinternen Controllings aber auch im Sinne des Geschäftsberichtes
gegenüber dem Gemeinderat die Basis für die Berichterstattung.

Der Strategische Plan wird das Jahr hindurch mittels eines trimesterweise erfolgenden
Reportings auf seine Umsetzung überprüft.

2 Umfeld

Der Ersten Welt, zu der selbstredend auch die Schweiz zählt, geht es vergleichsweise
gut. Wirtschaft, Kultur und Bildung sind auf hohem Niveau weitgehend stabil. Aufgabe
eines «Sicherheitsdepartements» ist es jedoch, auf Risiken, deren Ursachen und
Bewältigungsmöglichkeiten hinzuweisen. Wenn im Folgenden die kritischen Aspekte der
gesellschaftlichen Entwicklung im Zentrum stehen, stellt dies kein gesellschaftliches
Gesamtbild dar; vielmehr werden sicherheitsrelevante Themen fokussiert.

2.1 Demographisches und soziales Umfeld

Globalisierungstendenzen, knapper werdende Wasserressourcen sowie Bevölkerungswachstum und Armut in Entwicklungs- und Schwellenländern bewirken u.a. einen Migrationsdruck auch in der Schweiz. Weltweit rechnet man mit rund zwölf Millionen schutzbedürftiger Flüchtlinge und Asylsuchenden, wobei allerdings sieben von zehn Schutzsuchenden in Entwicklungsländern Asyl finden. Diese Entwicklung hat Einfluss

³ Vorbehalten ist die Verabschiedung des Voranschlags 2007 durch den Stadtrat und die Zustimmung durch den Gemeinderat.

auf die Wirtschaft, die Arbeitswelt und insbesondere die beruflichen Perspektiven von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, und indirekt auch auf die Kriminalitätsraten. Die kontinuierliche Verschärfung des Asylgesetzes und die steigende Zahl an abgewiesenen Asylbewerbenden, die untertauchen, verstärken diese Tendenzen zusätzlich. Multikulturalität, Wertevielfalt und -verlust können zu Verständigungsproblemen und Konflikten führen, die gegenseitige Akzeptanz kann nicht von vornherein vorausgesetzt werden und das Aggressivitätspotenzial zwischen verschiedenen Ethnien ist nicht zu verharmlosen. Trotz Konjunkturaufschwung stagniert die Arbeitslosenquote, vor allem bei Jugendlichen, aber auch bei Arbeitskräften mit einer überdurchschnittlichen Ausbildung. Zudem sehen wir uns mit dem Phänomen des Lohnerwerbs ohne Existenzsicherung (working poors) konfrontiert.

Die Kriminalstatistik (KRISTA) zeigt eine beunruhigende Zunahme von Jugendkriminalität im Kanton Zürich, vor allem im Bereich von Gewaltverbrechen. Konstant blieb zwar der Anteil der Delikte gegen Leib und Leben (Körperverletzungen, Tötlichkeiten, Raufhandel). Dagegen war beinahe eine Verdoppelung der Delikte gegen die Freiheit zu verzeichnen (Drohung, Nötigung, Hausfriedensbruch). Der Anteil der polizeilich erfassten jugendlichen Frauen stieg von 18 % auf 21 %. Mit 36% blieb der Anteil der tatverdächtigen ausländischen Jugendlichen gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert. Ob diese Phänomene in einem Zusammenhang mit der erwähnten Jugendarbeitslosigkeit und der damit verbundenen Perspektivenarmut der Jugendlichen, die sich bei ausländischen Jugendlichen noch zusätzlich akzentuiert, zusammenhängt, ist zwar zu vermuten, zur Zeit aber nicht durch Studien belegt.

In der Gesellschaft lässt sich eine zunehmende Anonymisierung und Entsolidarisierung feststellen. Oft werden der Gemeinschaftssinn und die gesellschaftliche Solidarität dem Eigennutzen untergeordnet und die Bereitschaft, selber Verantwortung zu übernehmen und sich zum Wohl des Ganzen zu engagieren - gerade auch im Milizamt -, sinkt weiter. Die Individualisierung und die Zunahme von Einpersonenhaushalten birgt die latente Gefahr der Vereinsamung in sich.

Die zunehmende Individualisierung geht einher mit der immer stärker wachsenden Anspruchshaltung an die Leistungen des Staates. Dies führt unweigerlich zu einem Dilemma: Zwar werden immer mehr Aufgaben an den Staat delegiert, doch gleichzeitig werden die Überregulierung und die hohe Staatsquote beklagt.

2.2 Politisches Klima und Gesetzesnovellen

Schliesslich müssen wir uns auch damit auseinandersetzen, dass die Positionen in der Politik sich weiter polarisieren, die politischen Fronten sich zunehmend verhärten, auf verschiedenen Seiten Polemik und Angstmacherei vorherrschen und zahlreiche Medien zunehmend in Boulevardjournalismus abdriften.

Gerade auf kommunaler Ebene ist gleichzeitig ein Prozess im Gang, der darauf abzielt, dass sich die Legislative zunehmend mit eindeutig operativen Bereichen der Verwaltung zu befassen wünscht.

Die Normendichte – und leider auch die Rechtsverfahren – nehmen ungebremst zu. Im gesetzgeberischen Bereich wichtig sind für die Belange des Polizeidepartements die per 2007 geplante Revision des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches (AT StGB) sowie der Erlass einer Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO). Damit verbunden sein wird voraussichtlich die Zunahme der Bedeutung der Dispositions- und der Verhandlungsmaxime (Einführung des sog. "plea bargaining"). Vor allem im Übertretungsstrafrecht ist eine immer stärkere Bedeutung des Opportunitätsprinzips zu beobachten. Mit der Inkraftsetzung des Polizeiorganisationsgesetzes (POG) des Kantons Zürich und seiner Ausführungsverordnungen per 1. Januar 2006 wurde die jahrelange Unklarheit über die kriminalpolizeiliche Aufgabenverteilung zwischen Kantons- und Stadtpolizei aus dem Weg geräumt. Das neue POG hat gleichzeitig zur Konsequenz, dass bisher von der Kantonspolizei wahrgenommene Aufgaben im Bereich der Grundversorgung auf die kommunalen Polizeien übertragen wurden. Die Dienstleistungen des Wissenschaftlichen Diensts der Stadtpolizei zu Gunsten der Kantonspolizei sollen mit einem Leistungsauftrag definiert werden.

Nachdem die Organisation der Polizeien im Kanton nun geklärt ist, sollen auch die inhaltlichen Aufgaben und die Einsatzgrundsätze in einem formellen Gesetz geregelt werden. Der regierungsrätliche Entwurf des entsprechenden Polizeigesetzes (PG) wurde in der zweiten Jahreshälfte 2005 vernehmlasst und wird nun zu Händen des Kantonsrates vorbereitet. Der bereinigte Entwurf zuhanden des Kantonsrates wird der Stadt die Möglichkeit geben, ihrerseits den Entwurf der neuen Allgemeinen Polizeiverordnung (APV) an den Gemeinderat zur Beratung zu überweisen.

Auch im Bereich der Rettungsorganisationen sind wesentliche Gesetzesnovellen in Vorbereitung. Das neue kantonale Gesundheitsgesetz wird die Zuständigkeiten für die Einsatzzentralen der Sanität (Notruf 144) regeln. In Vorbereitung ist auch ein Zivilschutzgesetz und ein Bevölkerungsschutzgesetz. Schliesslich hat die Gebäude-

versicherung des Kantons Zürich (GVZ) ein «Feuerwehrkonzept 2010» ausgearbeitet, das unter anderem bei den Milizfeuerwehren reduzierte Bestände vorsieht und für die Stützpunkte die Aufgaben teilweise neu definieren will. Das Konzept war bis Ende 2005 in der Vernehmlassung und wird nun überarbeitet.

Wie in anderen Bereichen, ist auch in der Sicherheitspolitik die Tendenz zu beobachten, dass die Gemeinden als letzte Stationen in der Delegationskaskade immer mehr Aufgaben übernehmen müssen. Dies geht aber umgekehrt oft nicht einher mit der Delegation der Kompetenzen. Die Stadt Zürich als Zentrumsstadt mit zentralörtlichen Aufgaben für einen grossen Teil der Schweiz muss sich wehren, im Bund nicht bloss als eine von 2'740 und im Kanton nicht bloss als eine von 171 Gemeinden behandelt zu werden. Aufgrund einer regierungsrätlichen Initiative werden unter Bezugnahme auf die neue Kantonsverfassung neue Formen von Koordination und Zusammenarbeit in Ballungszentren diskutiert.

2.3 Extremismus und Kriminalität

Religiöser Fanatismus gefährdet den Frieden in der ganzen Welt. Gegen Ereignisse, wie sie im Winter 2006 im Zusammenhang mit Mohammed-Karikaturen vorkamen, ist die Schweiz ebenso wenig gefeit wie gegen Terrorakte, die einerseits die Verwundbarkeit unserer Sicherheit deutlich machen und andererseits die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenken sollen. Beim Extremismus handelt es sich um eine ernst zu nehmende Gefährdung, auch wenn die Wahrscheinlichkeit solcher Aktionen nicht überschätzt werden darf. Die nationale Lagebeurteilung der Gewaltbereitschaft erfordert nach wie vor den Schutz gewisser Botschafts- und Konsulatsgebäude. Das bleibt eine Bundesaufgabe und wird bis auf weiteres durch die Armee, neuerdings durch Einheiten der Militärischen Sicherheit (und in Bern und Genf durch Durchdiener) wahrgenommen. Die linksautonome und die rechtsextreme Szenen sind zwar nicht völlig verschwunden, doch in der Stadt Zürich treten sie nur vereinzelt auf, wobei linksautonome Auftritte deutlich häufiger zu verzeichnen sind als rechtsextreme, welche nur vereinzelt, nicht aber im Rahmen von Kundgebungen anzutreffen sind. Die Taktik der linksautonomen Szene hat sich verändert (WEF, 1. Mai, Antifa etc.), zeigt aber auch, dass die Zahl der Anhänger und Mitläufer klar abnimmt. Das zeigt sich nicht zuletzt darin, dass sich grosse politische Demonstrationen von Zürich nach Bern oder Basel verlagern. Der hauptsächlich ökonomisch bedingte Migrationsdruck aus Oststaaten und Südamerika hält weiter an und damit auch der illegale, meist durch international koordinierte

Banden organisierte, gewaltsame Aufenthalt von sich prostituierenden Personen. In der Stadt Zürich, vermehrt aber auch in peripheren Gebieten, werden auch Formen von Menschenhandel durch milieu-nahe und lokal organisierte Gruppen mit teilweise internationalen Vernetzungen betrieben. Aufgrund von Hinweisen besteht der Verdacht, dass häufig ausländische Frauen mit Migrationshintergrund durch falsche Versprechungen, unter Ausnützung ihrer Notlage und teils durch massive Gewalt – als Zwischenstation – in die lokale Prostitution gezwungen werden. Gesicherte Erkenntnisse dazu fehlen aber in der Regel und es kommt nur selten zu Strafverfahren.

Laut dem "Sicherheitsbericht 2005" gehört auch der internationale Menschenhandel nach wie vor zu den bevorzugten Gebieten der organisierten Kriminalität. Als Beweis wird das Wachstum der Rotlicht-Branche erwähnt, deren Umsatz in der Schweiz auf jährlich 3,2 Milliarden Franken geschätzt wird. In Zürich ist die Zahl der Prostituierten seit 2003 um ca. 20 Prozent gestiegen.

Die durch die Stadtpolizei im Jahre 2006 durchgeführte Umfrage "Sicherheitsgefühl, Image der Stadtpolizei" bestätigt das teilweise subjektive Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung. Einerseits deckt sich das Unsicherheitsgefühl mit der tatsächlichen Opferdichte (z.B. Kreis 5), andererseits stehen die Ängste in keiner Relation zu den tatsächlichen Opfern in der Bevölkerung (z.B. Kreis 12). Die Resultate der Untersuchung werden auch durch die aufgrund der Opferbefragung erstellte und im Juli 2006 veröffentlichte «Studie zur Kriminalität in Stadt und Kanton Zürich und deren Folgen auf die öffentliche Meinung» des Institut de criminologie et de droit penal der Universität Lausanne bestätigt.

In Zürich entmischen sich manche Quartiere, obwohl die sozialen Unterschiede im Stadtbild weniger sichtbar sind als in anderen Weltstädten. Neben den unverhältnismässig hohen Mietzinsen in einzelnen Zonen, ist auch die objektiv und subjektiv wahrgenommene Kriminalität ein wichtiger Faktor der die Bildung von Problemgebieten fördert. Eine geringe Kriminalitätsrate ist Grundlage für eine positive Quartierentwicklung, der Aufwertung und dem Schutz von Wohngebieten.

2.4 Freizeitverhalten, Mobilität und Umwelt

Die Anzahl von Grossanlässen und Festivitäten ist auf einem hohen Niveau stabil. Zürich ist Partystadt für eine weit gefasste Agglomeration bis hin in den süddeutschen Raum. Dies führt dazu, dass der ursprünglichen "Tagesbevölkerung" der Stadt eine mehr oder weniger gleich grosse Bevölkerungsgruppe "Nachtbevölkerung" gegenüber steht. Dies hat deutliche Auswirkungen auf das Wohnumfeld, die Öffnungszeiten der Betriebe, die Einsatzzeiten und die Personalbestände der Blaulichtorganisationen und auch auf die Kriminalstatistik. Ist für Parties und die Clubszene das Quartier Zürich-West bereits seit längerem im Trend, so wird sich zuerst weisen müssen, wie sich die neuen Infrastrukturen der Grossüberbauung «SihlCity» auf das Freizeitverhalten und auf die Wohnquartiere in der näheren Umgebung auswirken werden. Eine zusätzliche Herausforderung für das Verkehrsmanagement im Süden Zürichs wird die auf 2008 vorgesehene Eröffnung des Uetlibergtunnels sein.

Aufgrund des immer häufigeren Auseinanderfallens von Wohn- und Arbeitsort und auch durch das Konsum- und Freizeitverhalten steigt das Bedürfnis nach Mobilität. Ein Viertel aller Autofahrten steht im Zusammenhang mit Einkauf oder Freizeit. Gleichzeitig wird die individuelle Mobilität dank neuer Technologien wie Navigationssysteme oder Abstandsfahrhilfen immer bequemer. Auch wenn die Erdölreserven spärlicher werden und der Benzinpreis phasenweise in ungeahnte Höhen schnellte, hat dies offenbar weniger grosse Auswirkungen auf das Mobilitätsverhalten als allgemein erwartet. Die steigenden Treibstoffkosten werden teilweise kompensiert durch ökonomischer arbeitende Antriebssysteme. Der motorisierte Individualverkehr hat in der Stadt Zürich zwischen 1995 und 2005 um insgesamt 3% zugenommen; in den nächsten 10 Jahren wird er wiederum in dieser Grössenordnung zunehmen.

Diesem Phänomen ist mit geeigneten Massnahmen zur Entlastung der Ballungszentren entgegen zu wirken. Das Thema Road Pricing wird als Steuerungsinstrument auch in der Schweiz diskutiert; dabei kann auf Erfahrungen aus London und Stockholm zurückgegriffen werden.

Der Problematik bezüglich Feinstaubwerte beziehungsweise Ozonbelastung - die je länger je mehr in den Fokus tritt - muss mit dem Umstieg im Mobilitätsverhalten auf den Öffentlichen Verkehr begegnet werden; das bedingt auch die Schaffung entsprechender Kapazitäten.

Die Klimaerwärmung führt zu einer Häufung von verheerenden Naturkatastrophen. Global auftretende Krankheiten (SARS, Vogelgrippe) sind konkrete Gefahren für die

Gesundheit. Nachrichten über Katastrophen und Pandemierisiken haben eine diffuse Verunsicherung der Bevölkerung zur Folge.

2.5 Technologie

Internet und Mobiltelefone als Errungenschaften der Technik erleichtern zwar die Information und die Kommunikation, werden aber – gerade weil sie in hohem Masse die Anonymität wahren können - auch von Kriminellen (Stichwort OK, Organisierte Kriminalität) verwendet und dies in einem Ausmass, das es den staatlichen Behörden über weite Strecken unmöglich macht, mit dieser Entwicklung Schritt zu halten. Gleichzeitig erleichtern neue Technologien (beispielsweise GPS in Rettungsfahrzeugen, mobile Datenkommunikation, vernetzte Funknetze, Induktionssysteme etc.) die Arbeit der Blaulichtorganisationen und des Verkehrsmanagements.

2.6 Finanzen

Die Verknappung der Finanzen und der immer härter werdende Verteilungskampf (Stichwort Neuordnung des Finanzausgleichs) führen dazu, dass öffentliche Aufgaben immer mehr vom Bund in die Verantwortung von Kantonen und Gemeinden geschoben werden. Damit einher geht häufig aber auch eine zusätzliche Belastung der Gemeinden ohne eine entsprechende Abgeltung. Rechtlich eindeutige Entschädigungen für die Städte scheitern denn oft an der finanzrechtlichen/-politischen Realität des Kantons. Eine Herausforderung der kommenden Jahre bildet die Anpassung der Rechnungslegung der öffentlichen Hand an internationale Rechnungsstandards. Im Bereich der öffentlichen Verwaltung zeichnet sich ein Trend in Richtung IPSAS (International Public Sector Accounting Standards) ab.

3 Veränderungen gegenüber dem Strategischen Plan 2006-2010

Wie in Kapitel 1 erläutert, ist die Systematik des Strategischen Plans geändert worden. Inhaltlich wurde die Beschreibung der Ausgangslage an das aktuelle Umfeld angepasst. Die vom Stadtrat im Sommer 2006 festgelegten Legislatorschwerpunkte haben Anpassungen der langfristigen Ziele des Polizeidepartements zur Folge gehabt. Schliesslich wurde eine übersichtlichere Darstellung für die Faktenblätter der Produktgruppen und der strategischen Projekte gewählt. Das Departementssekretariat ist in einer Produktgruppe zusammengefasst worden.

4 Vision des Polizeidepartements

«Zürich hält weltweit den Spitzenplatz bezüglich Lebensqualität und Sicherheit rund um die Uhr»

Die Vision wollen wir engagiert, professionell, vernetzt und partnerschaftlich erreichen. Dabei lassen wir uns durch folgende Prinzipien leiten:

5 Leitlinien und Führungsgrundsätze⁴ der Departementsvorsteherin: Unsere Mission

5.1 Engagement und Zielsetzung - Die Einsatz- und Spezialformationen in den Bereichen Polizei, Sanität, Feuerwehr, Zivilschutz, Feuerpolizei, der Dienst-
abteilung Verkehr und des Stadtrichteramtes setzen sich rund um die Uhr für
den bestmöglichen Schutz und die Sicherheit der Zürcher Bevölkerung ein.

5.2 Dienstleistungs- und Kundenorientierung - Wir orientieren die städtischen
Sicherheitsdienstleistungen auf allen Stufen vorab an den Bedürfnissen der
Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zürich und fördern insbesondere die
bürgernahe Sicherheitsarbeit in den Quartieren (Community Policing). In der

⁴ Hinweis: Diese Grundsätze sind im Rahmen des ZBG (Zielvereinbarungs- und Beurteilungsgespräch)-
Prozesses in die individuellen Zielvereinbarungen mit allen Mitarbeitenden des Departements zu
integrieren.

Orientierung auf Kundinnen und Kunden sind auch neue Wege zu suchen. Strukturen und Arbeitszeiten etc. werden am Kundennutzen gemessen und gehorchen einem hohen Mass an Flexibilität.

Dabei hat vor allem die Polizei eine Doppelrolle zu erfüllen, die auch Widersprüche birgt: Einerseits soll sie – im Sinne des Community Policing – freundliche, hilfsbereite und kompetente Ansprechinstanz für unbescholtene Bürgerinnen und Bürger sein. Andererseits muss sie bei Gesetzesverstössen mit aller Konsequenz intervenieren – was in der Regel nicht als freundlich wahrgenommen wird.

Wir nehmen unsere Verantwortung im Dienst an der Gesellschaft wahr und stellen Prävention und Vorsorge als Kernaufgaben aller Dienstabteilungen in den Vordergrund.

- 5.3 **Verantwortung und Kompetenzen** - Wir setzen politische und betriebliche Zielvorgaben stufengerecht um. Zweckmässige Führungsinstrumente stehen zur Zielformulierung und zur Überprüfung der Zielerreichung und des Erfolgs zur Verfügung.

Wir dezentralisieren und delegieren stufengerecht und soweit als möglich die Kompetenzen und Verantwortlichkeiten von städtischen Sicherheitsdienstleistungen: Mittels Controlling und Berichterstattung auf Stufe Departement und Dienstabteilungen gewährleisten wir die politische wie auch die operative Führung.

- 5.4 **Kultur** - Wir gewährleisten die Gleichstellung und Gleichberechtigung von Männern und Frauen sicher durch spezifische Förderung des jeweils untervertretenen Geschlechts in Kaderpositionen.

Wir nehmen gegenseitig Rücksicht.

Wir zeigen eine hohe Sozialkompetenz, gehen souverän mit Fehlern um und ermöglichen einen kontinuierlichen Lernprozess aller.

- 5.5 **Mitarbeiterzufriedenheit** - Wir steigern Motivation, Verantwortung und Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Stufen. Indem wir Verantwortung delegieren, Spielräume geben und Perspektiven aufzeigen bauen wir für alle Hierarchiestufen ein motivierendes Arbeitsklima auf. Wir fördern den offenen Erfahrungsaustausch und das innovative Denken aller Mitarbeitenden. Die Bereitschaft, auch über den eigenen Aufgabenbereich

hinaus zu denken, soll sich lohnen.

Wir stellen auf Stufe Departement und Dienstabteilungen ein professionelles Personalmanagement sicher, das die persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten fördert, die individuelle Aus- und Weiterbildung in angemessenem Rahmen unterstützt sowie eine differenzierte und gerechte Mitarbeiterbeurteilung durch individuelle Zielvereinbarungen ermöglicht.

Wir mildern mit gezielter Ausbildung, mit Betreuung und mit geeigneten Anlaufstellen in den Dienstabteilungen die Auswirkungen von Gewalt und Drohung gegen Mitarbeitende und setzen alles daran, sie zu reduzieren.

- 5.6 **Kommunikation und Informationsaustausch** - Wir kommunizieren nach innen und aussen auf der Basis von Transparenz, Glaubwürdigkeit und Dialog. Kommunikation ist eine Aufgabe der Führungskräfte aller Stufen. Wir informieren rechtzeitig, wahrheitsgetreu und offen, um Vertrauen bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wie auch bei der Bevölkerung und bei den Medien zu schaffen.

Um von den Besten zu lernen (best practice), pflegen wir mit anderen Städten im In- und Ausland einen intensiven Erfahrungsaustausch.

Wir stellen die optimale Bewältigung auch schwieriger Situationen sicher dank einer partnerschaftlichen und eng vernetzten Arbeit der städtischen Sicherheitsorgane und aller involvierten Dienststellen untereinander und zusammen mit anderen Gemeinden, dem Kanton und dem Bund.

- 5.7 **Ressourcen** - Wir konzentrieren unsere Kräfte auf das Wesentliche, vermeiden Verzettelungen der personellen und finanziellen Ressourcen, gehen mit diesen sorgfältig um und fördern die Kostensensibilisierung auf allen Stufen. Vorteile, die sich mit der Anwendung neuer Technologien zur Optimierung der Verkehrssteuerung, zur Stärkung der Prävention, zur Verkürzung der Interventionszeiten, zur wirksameren Verbrechensbekämpfung und für den Einsatz der Schutz- und Rettungsdienste sowie für den Kontakt mit den Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben können, nutzen wir konsequent; das bedingt sowohl fachliche Kompetenz als auch visionäres Denken.

6 Strategische Ziele des Polizeidepartements

Die übergeordneten Ziele des Stadtrates sind die wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit, Gleichstellung von Frauen und Männern und eine effiziente, prozessorientierte und schlanke Verwaltung, die dienstleistungsorientiert und bürgernah ist. Diese Ziele fließen auch in die Strategie des Polizeidepartements für die Planjahre 2007 bis 2011 ein.

Da sich das Umfeld durch zunehmende Komplexität und eine beschleunigende Dynamik der Veränderung charakterisiert, die Bevölkerung sich zunehmend heterogener zusammensetzt und die Ansprüche an die städtischen Sicherheitsorgane entsprechend ansteigen, wird im Planungszeitraum eine Veränderungsstrategie verfolgt, die auf folgenden drei Erfolgspositionen aufbaut:

6.1 Erfolgspositionen

6.1.1 Am Bürgernutzen orientiertes Dienstleistungsangebot

Das Polizeidepartement stellt ein bevölkerungsnahes und qualitativ hochstehendes Angebot an städtischen Sicherheitsdienstleistungen sicher, welches das Vertrauen der Bevölkerung in die städtischen Sicherheitsleistungen kontinuierlich fördert. Der Bürgerin und dem Bürger soll im Bedarfsfall professionell, rasch, und umfassend geholfen werden. Die Festlegung des Leistungsangebots des Polizeidepartements und seiner Dienstabteilungen orientiert sich deshalb primär an den positiven Wirkungen auf die Bevölkerung. Um den berechtigten Bedürfnissen der Bevölkerung rasch entsprechen zu können, sind die Organisationen und Abläufe flexibel zu gestalten und Kompetenzen und Autonomie weitgehend an die "Front"-Organisationen zu delegieren. Der Bevölkerungsnutzen aller Tätigkeiten wie auch der Organisationsstrukturen soll kontinuierlich überprüft und im Bedarfsfall optimiert werden.

6.1.2 Anpassung an Umweltveränderungen durch hohe Flexibilität der Sicherheitsleistungen und moderne Führungsinstrumente

Zur verbesserten Leistungs- und finanziellen Steuerung der städtischen Sicherheitsdienstleistungen sind Führungsinstrumente zu entwickeln und umzusetzen, die eine politische und administrative Steuerung und eine flexible Anpassung an sich verändernde Rahmenbedingungen ermöglichen. Dabei ist eine effiziente Aufgabenerfüllung zu gewährleisten, indem städtische Sicherheitsdienstleistungen transparent und mit messbaren Zielvorgaben definiert werden.

Community Policing (d.h. eine bürgernahe, optimale Vernetzung und Einbettung der Polizeiarbeit) einerseits und eine hochprofessionelle und kompetente Stadtpolizei, die konsequent eingreift und Grenzen zu setzen vermag, andererseits, gehören gleichermaßen dazu und müssen im Gleichgewicht sein. Die Polizei schafft sich Akzeptanz und Vertrauen der Bevölkerung.

Das Polizeidepartement muss gewährleisten, dass die neuen Stadtteile mit gleich hohem Standard für alle Sicherheitsdienstleistungen abgedeckt werden. Das bedingt eine entsprechende Struktur und einsatzorientiertes, ausgebildetes Personal.

Dasselbe gilt für die Bewältigung der Herausforderungen im Bereich gesteigerter Mobilitätsbedürfnisse. Die Entwicklungsgebiete der Stadt Zürich und die wachsenden Agglomerationen rund um Zürich sowie das Freizeitverhalten der Bevölkerung führen zu zunehmendem Verkehr und dichteren Pendlerströmen. Dies verlangt nach neuen, zukunftsorientierten Lösungen und nach neuen Ansätzen des Verkehrsmanagements, um einen Kollaps zu verhindern.

Zur Bewältigung der Herausforderungen im Bereich gesteigerter Mobilitätsbedürfnisse hat die Dienstabteilung Verkehr unter Berücksichtigung der Verkehrssicherheit (insbesondere zu Gunsten der schwächsten Verkehrsteilnehmenden: den Kindern, Behinderten und älteren Personen) gesetzeskonforme Wege zu suchen.

Den zunehmenden Sicherheitsherausforderungen soll durch eine weitere Professionalisierung der Katastrophenvorsorge und -bewältigung (KATA-Organisation) begegnet werden: Die Bewältigung besonderer Lagen ist schwerpunktmässig zu planen und zu üben.

6.1.3 Steigerung der Attraktivität als Arbeitgeber

Durch zukunftsgerichtete und moderne Berufsbilder sollen die persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Polizeidepartements gefördert werden. Die laufenden Modernisierungen in den Bereichen Stadtpolizei sowie Schutz- und Rettungsdienste sollen nicht nur zu bevölkerungsnäheren Organisationen und Abläufen führen, sondern auch die Attraktivität der Arbeitsinhalte für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöhen. Die Durchlässigkeit zwischen den Dienstabteilungen und deren Abteilungen soll erhöht werden.

6.2 Langfristige Ziele⁵

- Re-Design KATA-Bewältigung

Die Organisation der Bewältigung von Grossereignissen ist den geänderten Rahmenbedingungen anzupassen und aufgrund bisheriger Erfahrungen schlagkräftiger auszugestalten. Die permanent hohe Qualität und Professionalität der Krisenorganisation ist beizubehalten. Dank einer mehrstufigen Kategorisierung von Alltagsereignissen bis hin zu Katastrophen können massgeschneiderte Strukturen vorbereitet werden. Die Bereitstellung eines Pools von polyvalent einsetzbaren Gesamteinsatzleitern (GEL) garantiert das rasche und koordinierte Intervenieren. Einzuspielen ist die Vernetzung mit Organisationen von Bund und Kanton. Nötig sind regelmässige Ausbildungen und Übungen; dabei ist auch die Zusammenarbeit mit der Armee ins Auge zu fassen.

5 Am 6. September 2006 hat der Stadtrat die Ziele und Strategien für die laufende Amtsperiode festgelegt. Als Legislatorschwerpunkte 2006-2010 wurden fünf Themen definiert:

- (1) Allianzen schaffen - Politik über die Grenzen hinaus
- (2) Planen und bauen für die Stadt von morgen
- (3) Jugend in Zürich: Freiräume, Arbeit und Sicherheit
- (4) Nachhaltige Stadt Zürich - auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft
- (5) Die Stadt Zürich: kundenorientiert, initiativ und kompetent

Aus allen Legislatorschwerpunkten (LSP) ergeben sich Implikationen auf die langfristigen Ziele des Polizeidepartements. Beteiligt ist das Polizeidepartement insbesondere in den LSP (3) und (5); vgl. dazu hinten 7.1.1.2.

- Führungsinfrastruktur

Per Anfang 2008 soll die neue Einsatzzentrale der Stadtpolizei im Amtshaus I in Betrieb genommen werden. Sie wird mit der bereits im Sommer 2005 implementierten gemeinsamen Einsatzleitzentrale von Feuerwehr und Sanität an der Weststrasse vollständig kompatibel sein. Damit wird das Ziel von zwei Einsatzzentralen an getrennten Standorten, aber mit gemeinsamem System erreicht sein. Zudem ist im Amtshaus I eine neue, zeitgemässe Führungsinfrastruktur für den Alltag, für die Bewältigung von vorhersehbaren und unvorhersehbaren Grossereignissen sowie namentlich auch für den Kata-Fall bereit zu stellen.

- Ausbildungszentrum Rohwiesen

Der Aus- und Neubau des ehemaligen Zivilschutzentrums Rohwiesen zu einer eigentlichen «Sicherheitsakademie» soll die Ausbildungen aller Berufe und aller Milizfunktionen im Blaulichtbereich unter einem Dach vereinen. Das neue Zentrum etabliert sich als Lehrstätte für alle Sicherheitsberufe und hat ein Renommée weit über die Stadtgrenzen hinaus. Das Kompetenzzentrum soll durch Partnerschaften Synergien gewinnen und mit einem Angebot an Kursen die Stellung eines Profitcenters anstreben. Vorzusehen ist auch die Schulung von Externen im Sinne der Prävention (Brandschutz in Altersheimen/Schulen; Feuerpolizei im Architekturstudium; Kriminalberatung an Hochschulen; ...). Nicht zu kurz kommen darf schliesslich die Aus-/Weiterbildung der Mitarbeitenden des Departements (Führungsverständnis, Sprachen, Verständnis für Kulturen etc.).

- Geographisches Informationssystem (GIS)

GIS bietet eine georeferenzierte Basis für sämtliche einsatzrelevanten Planungen zur Optimierung der Interventionszeiten von Polizei, Feuerwehr und Sanität, für die Lagedarstellungen im Einsatz sowie für die statistische Aufarbeitung von Einsatzdaten.

- EURO 08

Mit der Gastgeberrolle der Schweiz für die Fussballeuropameisterschaften UEFA EURO 2008™ im Sommer 2008 (EURO 08) kommt auf die Host Cities Basel, Bern, Genève und Zürich eine logistische Herausforderung von noch nie da gewesenem Ausmass zu. Das Polizeidepartement bietet sämtliche Dienstleistungen aus seinen Bereichen, um eine mustergültige Abwicklung der Fussballeuropameisterschaften sicherzustellen. Dazu gehören die Unterstützung der Gesamtprojektverantwortung, die Abwicklung des Verkehrsmanagements, die Garantie der polizeilichen Sicherheit, das Bereitstellen der Rettungskräfte, die Unterstützung bei der Infrastruktur, das Erteilen der gewerblichen Bewilligungen etc. Das Departementssekretariat stellt die departementsinterne Koordination und die Schnittstelle zum EURO 08-Delegierten des Stadtrates sicher. Die Dienstleistungen des Polizeidepartements tragen alles dazu bei, um dem Slogan «Celebration Football» gerecht zu werden und lassen die EURO 08 für Gäste und für die Zürcher Bevölkerung zum unvergesslichen Fussballfest werden.

- Umsetzung neuer übergeordneter Normen

Es gilt, organisatorische und personelle Anpassungen an neue Gesetze und insbesondere an neue Aufgabenabgrenzungen zwischen Kanton und Stadt im Polizeidepartement zu implementieren. Im Vordergrund stehen dabei die Verkehrssteuerung, das Polizeiorganisationsgesetz (POG) und die dazugehörenden Verordnungen, das Polizeigesetz (PG), die Schweizerische Strafprozessordnung (StPO) den neuen Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches (AT StGB), das Konzept «Feuerwehr 2010», das Zivilschutzgesetz und das Bevölkerungsschutzgesetz.

- Standortbestimmung und Evaluation der erfolgten Neuausrichtungsprozesse und der daraus entstandenen neuen Strukturen der Dienstabteilungen

Im Rahmen der abgeschlossenen Neuausrichtungsprozesse (Stapo 200X; Gründung DAV; SRZ 2010) ist eine Standortbestimmung des Departements und der Dienstabteilungen vorzunehmen. Dabei gilt es, die gesteckten Ziele am erreichten Bürgernutzen zu messen. Soweit sinnvoll,

soll die Organisationsstruktur in den Dienstabteilungen des Departements harmonisiert und das Ausschöpfen von Synergien in Querschnitt-Themen erreicht werden. Bei weiteren geplanten Änderungen ist ein verkraftbares Tempo zu beachten und eine rechtzeitige Kommunikation sicherzustellen.

6.3 Jahresziele 2007

- Städtisches Lohnsystem (SLS)

Das gesamtstädtische Projekt «Strukturelle Besoldungsrevision 3000 (SBR 3000)», neu «Städtisches Lohnsystem (SLS)», ist zu begleiten und die Implementierung im ganzen Polizeidepartement ist erfolgreich durchzuführen.

- Führungsmodell des Stadtrates

Das Projekt «Führungsmodell» des Stadtrates, in dessen Review Board der Direktor Dienstabteilung Verkehr und der Departementssekretär Einsitz haben, ist erfolgreich zu begleiten. Dazu gehören auch Beiträge durch Mitarbeitende des Departements in den zahlreichen Subprojekten. Das Departementssekretariat und alle Dienstabteilungen werden namentlich durch die geplante stadtweite Einführung von SAP (Rechnungswesen, HR) herausgefordert.

- Raumstrategie

Die kurz-, mittel- und langfristigen Raumbedürfnisse aller Dienstabteilungen sind zu Handen des gesamtstädtischen Projekts «Zürich baut gut und günstig» zu definieren. Die Planung der Neu- bzw. Umbauten des Amtshauses I, des Ausbildungszentrums Rohwiesen, des Polizeigebäudes Förrlibucks, der Wache Wasserschutzpolizei, des Stützpunkts Nord, des Werkhofs der Dienstabteilung Verkehr etc. sind an die Hand zu nehmen.

- Allgemeine Polizeiverordnung (APV)

Dem Stadt- und dem Gemeinderat ist eine Totalrevision der APV vorzulegen.

- Projektportfolio
Die wichtigen Projekte des Polizeidepartements und seiner Dienst-
abteilungen sind in einer Übersicht zu führen und periodisch auf ihren
Fortschritt und Erfolg zu kontrollieren.

7 Zusammenfassung der Ziele des Departementssekretariats und der Dienstabteilungen

(basierend auf der Departementsstrategie; definiert durch die Dienstchefs)

7.1 Departementssekretariat

7.1.1 Langfristige Ziele

7.1.1.1 Schwerpunkte

Grundsätzliche Aufgabe des Departementssekretariats ist es, die Departementsvorsteherin bei der Geschäftsführung zu unterstützen. Als Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung hat das Departementssekretariat beide Interessen im Auge zu behalten und den Ausgleich zu suchen. Die breite politische Thematisierung städtischer Anliegen in der Sicherheitspolitik soll mit einer transparenten, sachlichen und aktiven Kommunikation unterstützt werden.

7.1.1.2 Strategische Projekte

- Langstrasse Plus
Die Zufriedenheit der Bevölkerung in Bezug auf Lebensqualität ist weiter zu steigern und ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Interessen ist zu schaffen. Dazu gehören die Erhöhung des subjektiven Sicherheitsempfindens, die Stabilisierung und mittelfristige Reduktion der Straftaten und die Verminderung der Verkehrsbelastung.

- «Rotlicht» - Prostitution und Menschenhandel
Mit der Ausarbeitung von Vorschlägen soll die aktuelle Situation verbessert werden und eine nachhaltige Steuerung des Rotlichtmilieus zur Wahrung der Lebensqualität und des Schutzes der Bevölkerung, des Gewerbes sowie der Gesundheit aller Betroffenen erreicht werden.
- «Nachtstadt»
Zürich bleibt eine sichere Ausgeh- und Kulturstadt. Durch eine enge Kooperation zwischen Gastwirten und der Verwaltung finden Kriminelle keine Schlupfwinkel in Lokalen und Immissionen für die Bevölkerung werden gemeinsam verhindert.
- Sport ohne Gewalt
Gewalttätige Ausschreitungen rund um Fussball- und Eishockeyspiele gehören seit Jahren zum "sportlichen Alltag" und führen zu Sachbeschädigungen, oft zu Körperverletzungen und – nicht zuletzt – zu kostspieligen Sondereinsätzen der Blaulichtorganisationen, die zur Zeit mangels rechtlicher Grundlage den Veranstaltern nicht weiter verrechnet werden können.
Für die beteiligten Jugendlichen können Festnahme und Verurteilung wegen strafbarer Handlungen zu gravierenden Langzeitfolgen führen (Eintrag ins Strafregister, zusätzliche Schwierigkeiten bei der [Lehr-]Stellensuche).
Kinder und Jugendliche sollen in einem Projekt «Gewalt bei Sportveranstaltungen» über die Schulen und deren Umfeld erreicht werden.
- Kinder- und Jugendschutz
Im Rahmen des gesamtstädtischen Legislatorschwerpunkts «Jugend in Zürich: Freiräume, Arbeit und Sicherheit» wird zusammen mit dem Schul- und Sportdepartement und dem Sozialdepartement ein Massnahmenpaket mit dem Ziel einer gesamtstädtischen Vernetzung der Präventionsanstrengungen gegen Jugendkriminalität erarbeitet.

- Die Stadt Zürich: kundenorientiert, initiativ und kompetent
Massnahmen für die Förderung des kundenorientierten Handelns und der Vereinfachung von Verfahren werden erarbeitet und umgesetzt. Die betriebliche Gesundheitsförderung wird ausgebaut.
Case Management und städtisches Lohnsystem werden implementiert.
- Umsetzung der Veranstaltungsstrategie
Durch verschiedene Massnahmen in den Bereichen Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens, Ausarbeitung von Qualitätsstandards von Veranstaltungen, Suche nach neuen Veranstaltungsstandorten und bessere Vermarktung der Events soll die im Dezember 2005 durch den Stadtrat verabschiedete Veranstaltungsstrategie realisiert werden. Damit soll ein Gleichgewicht zwischen den Interessen aller Betroffenen geschaffen werden.

7.1.2 Jahresziele 2007

- Verhältnis zu Dienstabteilungen (interne Kunden)
Der Überblick über die laufenden Geschäfte wird verbessert.
Der Stab leistet seinen Beitrag, um die Verbindlichkeit der Führung der Dienstabteilungen durch die Departementsleitung zu stärken.
- Mitarbeitende
Fachkompetenzen der Mitarbeitenden des Departementssekretariats sind durch die Delegation von Aufgaben anzuerkennen und zu stärken.
Das vorhandene Potential ist vermehrt auszunützen; dazu gehört auch mehr Delegation in der Bewältigung der Aufgaben.
- Prozesse
Die internen Betriebsabläufe werden dokumentiert, optimiert und wo möglich gestrafft.

- Infrastruktur

Gleichzeitig mit dem Wiederbezug des renovierten Amtshauses I soll die Büroinfrastruktur den zeitgemässen Anforderungen angepasst werden.

Es wird eine neue software für die Geschäftskontrolle evaluiert.

Die Einführung von SAP wird begleitet.

In einer Machbarkeitsstudie zusammen mit den Dienstabteilungen wird die Einführung von Buchungszentren geprüft.

7.2 Stadtpolizei

7.2.1 Langfristige Ziele

7.2.1.1 Schwerpunkte

- Finanzen

- Schaffung einer transparenten und nachvollziehbaren Budget- und Leistungsübersicht (Cockpitzahlen).

- Die Bewältigung von immer mehr (delegierten) Aufgaben bei ungewisser Finanzlage wird gewährleistet.

- Die finanziellen Mittel für einen den Aufgaben angepassten Personalbestand sind sicherzustellen.

- Die finanzielle Eigenverantwortung ist anzustreben.

- Bevölkerung/Kundschaft

- Die Stadtpolizei ist als attraktive Arbeitgeberin im Markt positioniert. Vorzüge: Gute Aus- und Weiterbildung, abwechslungsreiche Arbeit, Entwicklungs- und Laufbahnmöglichkeiten.

- Die Stapo erreicht durch dezentrale und schlanke Strukturen eine kurze Reaktions- und Interventionszeit und eine hohe sichtbare Präsenz. Dies führt zu einer grossen Kundennähe und zu einer Befriedigung des Sicherheitsbedürfnisses der Bevölkerung.

-
- Die Kundenzufriedenheit wird durch die laufende Beobachtung des Beschwerdemanagements sowie durch periodische Umfragen erhoben und ausgewertet.
 - Die Serviceleistungen werden durch den Einsatz von E-Government erhöht.
 - Der Präventionsarbeit wird ein hoher Stellenwert zugemessen.
 - Die soziodemographische Entwicklung von Stadtquartieren wird stets beobachtet. Entsprechende Massnahmen werden frühzeitig getroffen.
 - Mitarbeitende
 - Die transparente Kommunikationskultur im internen Bereich wird weiter entwickelt, um das Vertrauen der Mitarbeitenden zu stärken.
 - Die Grundsätze der Führungskultur werden weiter entwickelt. Dabei wird die Führungsarbeit der Kader aller Stufen verbessert.
 - Vision Polizist der Zukunft: Es wird eine zukunftsgerichtete Definition der Anforderungen an Führungskräfte und Mitarbeitende erstellt.
 - Durch marktgerechte Anstellungsbedingungen werden die qualifizierten personellen Ressourcen sichergestellt.
 - Die Motivation der Mitarbeitenden wird durch einen verstärkten Informationsaustausch und durch mehr Frontnähe der Führungskräfte verbessert.
 - Durch die neu definierte und laufend aktualisierte Aus- und Weiterbildung wird ein hoher Ausbildungsstand und damit eine hohe Arbeitsqualität und Professionalität erreicht.
 - Prozesse
 - Es wird eine zukunftsgerichtete Strategie Bauten definiert. Die Baustrukturen werden nach Möglichkeit den Arbeitsabläufen und der Nachfrage angepasst.
 - Mit hoher Dringlichkeit werden die neue Einsatzzentrale (EZ) und neue Führungsräume geschaffen.

- Die für einen effizienten Betrieb notwendige Anzahl EDV-Arbeitsplätze für die Mitarbeitenden wird sichergestellt. Die EDV-Infrastruktur wird dem neuesten Stand angepasst.
- Die tägliche Arbeit an der Polizeifront wird den Mitarbeitenden durch eine moderne technische Ausrüstung erleichtert.
- Die günstige politische Konstellation wird für die Polizeiarbeit genutzt. Die Kontakte des Kommandos mit politischen Entscheidungsträgern und Parteien werden im Hinblick auf die Realisierung grosser Projekte intensiviert.
- Die Zusammenarbeit mit andern Gemeinden im polizeilichen Bereich wird geprüft.
- Die mit dem per Ende 2006 abgeschlossenen Projekt «Stapo 200X» eingeführten Abläufe und Prozesse werden konsolidiert und nötigenfalls justiert.
- Die hohe Qualität der Leistungen und Produkte des Wissenschaftlichen Diensts (WD) und des wissenschaftlichen Forschungsdiensts (WFD) ist aufrecht zu erhalten und auszubauen. Es sind Partnerschaften zu suchen und Leistungsverträge abzuschliessen. Damit sollen WD und WFD auch mittelfristig ein überregionales Kompetenzzentrum darstellen.
- Die Katastrophenorganisation ist unter integralen Gesichtspunkten (Zusammenarbeit, Synergien) den neuen Strukturen von Schutz&Rettung (SRZ) und Stadtpolizei anzupassen; vgl. vorne 6.2.

7.2.1.2 Strategische Projekte

- INEZ (Integrierte neue Einsatzzentrale Stadtpolizei)
- Führungsinfrastruktur (Führungsräume Amtshaus I und KP Front)
- Re-Design Kata (Neuorganisation Katastrophenorganisation und polizeiliche Sonderlagen); vgl. vorne 6.2.
- Entwicklungsgebiete: Auswirkungen auf die Polizeiarbeit (Zürich-Nord und Zürich-West)

- Sicherheitsakademie Rohwiesen: Gemeinsame Aus- und Weiterbildung der Blaulichtorganisationen der Stadt Zürich und weiteren Gemeinwesen; vgl. vorne 6.2.
- Gesamtstädtische Koordination und Vernetzung sowie Durchführung der Prävention gegen Jugendkriminalität; vgl. vorne 6.2.

7.2.2 Jahresziele 2007

- Finanzen
 - Ein umfassendes Controllingsystem (insbesondere Leistungserfassung sowie Zeit-, Beschwerde- und Einsatzmanagement) ist in Einführung (Pilot gestartet).
- Bevölkerung/Kundschaft
 - Die Grundlagen für eine zeitgerechte Planung für die erfolgreiche Durchführung der EURO 08 sind geschaffen.
 - Die Frontpräsenz ist durch vermehrte Patrouillen verstärkt.
 - Die Erhebung der Kundenzufriedenheit und der Kundenbedürfnisse ist erfolgt. Die Ergebnisse sind interpretiert und bilden Bestandteil der Zielsetzungsprozesse.
 - Die Grundlage für einen interdepartementalen Präventionsgremium unter der Federführung der Stadtpolizei ist geschaffen.
 - Der bewilligte Sollbestand ist erreicht (1845.1 FTE). Die notwendigen Massnahmen für den den zusätzlichen Anforderungen anzupassenden Sollbestand sind eingeleitet.
- Mitarbeitende
 - Städtisches Lohnsystem (SLS) ist eingeführt.
 - Die Kommunikationskultur ist verbessert.
 - Das gesamtheitlichere und abteilungsübergreifende Denken auf allen Stufen und die Identifikation der Mitarbeitenden mit der Stadtpolizei sind gefördert.
- Prozesse

- Die Quartierwachenstandorte und -öffnungszeiten sind aufgrund der erhobenen Daten optimiert.
- Das Schichtdienst-Arbeitszeitmodell AZM-Flex ist eingeführt.
- Die neue Einsatzzentrale (EZ) und die neuen Führungsräume sind Ende 2007 funktionsbereit.
- Die mit dem Projekt «Stapo 200X» geschaffenen Strukturen sind überprüft.

7.3 Schutz & Rettung

7.3.1 Langfristige Ziele

7.3.1.1 Schwerpunkte

- Ausrichtung von Schutz & Rettung Zürich durch das Konzept SRZ 2010 auf die zukünftigen Herausforderungen

Schutz & Rettung Zürich muss gewährleisten, dass die neuen Stadtteile mit gleich hohem Standard für alle Sicherheitsdienstleistungen abgedeckt werden. Das bedingt eine entsprechende Struktur sowie angepasste Ausbildungsmodule. Den zunehmenden Sicherheitsanforderungen soll durch eine weitere Professionalisierung der Katastrophen-Organisation begegnet werden. Die Bewältigung besonderer Lagen ist schwerpunktmässig zu planen und zu üben.

- Ausbildung

Die Ausbildung des neuen Berufsbildes «Berufsretter/in» (Kombination von Feuerwehr- und Sanitätskompetenzen) wird konsolidiert und der polyvalente Einsatz mittels Qualitätssicherungssystem überprüft. Die Erkenntnisse entscheiden über notwendige Anpassungen. Eine Weiterführung der Berufsretterausbildung wird angestrebt.

- Informatik

Vereinheitlichung der EDV-Plattform und der Umsetzung eines Informatik-Gesamtkonzeptes.

- Stützpunktkonzept
Planung/Bau eines Stützpunktes Zürich-Nord oder als Alternative
Abschluss eines Zusammenarbeitsvertrages mit anderen Partnern.

7.3.1.2 Strategische Projekte

- Miliz@SRZ
Bereitstellung von Informationen, von Ausbildungsmodulen und zur Interaktion (z.B. Intranet / Internet) für die Milizorganisationen.
- Controlling & Qualitätsmanagement
Realisierung eines umfassenden SRZ-Controllings mit der Einführung von bereichsspezifischer strategischer Planung, Kostenrechnung, Personal- und Qualitätsmanagement.
- Sicherheit für SeniorInnen
Realisierung des Projektes Sicherheitsangebot für alleinstehende Seniorinnen und Senioren in Zusammenarbeit mit den Betroffenen, um die rasche Unterstützung durch die Rettungsdienste in Notfällen zu optimieren und um das Sicherheitsgefühl von alleinstehenden Seniorinnen und Senioren zu steigern.
- Medizinische Notfall-Plattform
Prüfung in Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft und dem Gesundheits- und Umweltdepartement, ob das Ärztefon (Vermittlung des ärztlichen Notfalldienstes) mittel- bis langfristig in die Einsatzleitzentrale von Schutz & Rettung integriert werden soll.

7.3.2 Jahresziele 2007

Personal

- Personalentwicklung: Gesamtkonzept zur Personalentwicklung SRZ
 - Graphische Darstellung eines Gesamtkonzeptes zur Personalentwicklung. Mitarbeitende aller Stufen sollen daraus ihre Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb SRZ herauslesen können.
 - Kader können ihre Mitarbeitenden auf der Basis dieses Konzepts weiterentwickeln.
- Mitarbeitenden-Zufriedenheit:

- Eine hohe Beteiligung an der alle zwei Jahre durchgeführten Mitarbeitenden-Umfrage wird angestrebt.
- Die Gesamtzufriedenheit der Mitarbeitenden soll zu mind. 75-80% auf die Beurteilung 'recht gut' bis 'sehr gut' lauten.
- Die Ergebnisse der Mitarbeiterumfrage 2005 führen zu konkreten und überprüfbaren Massnahmen.

Führung und Leadership

- Leadership-Kurs:
 - Oberes und mittleres Kader einigen sich auf ein gemeinsames Verständnis von Führungsverantwortung, Management und Einsatzführung.
 - Schaffung einer Unité de doctrine für Führungskultur, Führungsrhythmus und Führen durch Vorbild
- Festlegung der Organisationsstruktur 2010:
 - Festlegung einer optimal auf den Dienstleistungsprozess ausgerichteten Organisationsstruktur

Organisationsentwicklung und Betrieb

- 3K-Strategie SRZ
 - Drei Kernprozess-Schritte (Vision, Strategie, Massnahmen) sind definiert und durchgeführt
 - Festlegung eines Standard-Strategieprozesses für SRZ
 - Erstellung eines Aktionsplanes 2010
 - Festlegung von Verantwortlichkeiten und Kommunikation über die ganze Dienstabteilung
- Prozesse und Kennzahlen: Die Hauptprozesse SRZ sind aufgezeichnet und in den Bereichen kommuniziert
 - Aufzeichnen der Hauptprozesse SRZ inkl. Festlegung je einer qualitativen und quantitativen Prozess-Kennzahl
 - Mitarbeitende kennen ihren Hauptprozess und wissen, wie er überprüft wird
 - Neuerungen der letzten Jahre werden auf ihre Wirksamkeit überprüft

- Bestehende Projekte sollen nach Möglichkeit abgeschlossen werden, bevor neue Projekte lanciert werden. Eine optimale Ressourcenplanung inklusive allfälliger Verzichtsplanung ist zwingend

Qualität und Finanzen

- Qualitätssicherung auf allen Ebenen:
 - Schaffung von Akzeptanz im oberen/mittleren Kader für eine systematische Qualitätsüberprüfung nach EFQM
 - Durchführung von Self-Assessments pro Abteilung/Funktionsbereich
 - Aufbau eines Qualitätssicherungs-Systems für den Einsatz
- Finanzführung: Schaffung von Grundlagen für eine Kosten-/Nutzen-Betrachtung (Betriebsbuchhaltung)
 - Einführung der Betriebsbuchhaltung in allen Bereichen/Abteilungen
SRZ als Vorbereitung auf eine Überführung in SAP

Externe Anspruchsgruppen

- Kunden- und Partner-Pflege:
 - Zuteilung der Kern-Partner/-Kunden in der GL und Festlegung des Kommunikationsrhythmus
 - Kundenfreundlichkeit und Reaktionsgeschwindigkeit bei Anfragen werden erhöht
 - Festlegung individueller Kundenziele
- EURO 08:
 - vgl. oben Ziff. 6.2, Punkt 5

7.4 Dienstabteilung Verkehr

7.4.1 Langfristige Ziele

7.4.1.1 Schwerpunkte

- Vorbereitung auf die Zukunft

Verkehrsbeeinflussende Trends sind permanent zu beobachten und innerhalb der Verwaltung bei allen relevanten Stellen aktiv zu kommunizieren. Erkenntnisse aus dem Trendscanning sind aktiv in die Planung einzubringen.

- Gewährleistung eines vorbildlichen Verkehrsmanagements

Die Dienstabteilung Verkehr ist dafür besorgt, dass die Stadt Zürich auch künftig über ein vorbildliches Verkehrsmanagement verfügt. Das Fachwissen der Mitarbeitenden ist laufend zu verbessern und nutzbar zu machen. Die Projektleiter sind insbesondere im Bereich Konzeption zu schulen. Das heutige Verkehrsmanagement soll permanent verbessert werden, flankierend dazu ist ein modernes Verkehrsinformationssystem aufzubauen.

- Mitarbeit bei Verkehrsprojekten

In allen Verkehrsprojekten sollen die Anliegen des Verkehrsmanagements proaktiv eingebracht werden. In den Entscheidungsprozessen für Verkehrsprojekte soll die Position der Projektleiter der Dienstabteilung Verkehr verstärkt werden.

7.4.1.2 Strategische Projekte

- Verkehrssicherheit Via Sicura

Umsetzung und Implementierung der vom Bundesamt für Strassen (ASTRA) erarbeiteten Verkehrssicherheitspolitik Via Sicura mit den vorgegebenen zielführenden Massnahmen mit Fokussierung auf Sensibilisierungskampagnen in der Stadt Zürich.

- Trendscanning
Analysiert verkehrsrelevante Trends mit möglichem Einfluss auf die Stadt Zürich und verfasst dazu schriftlich Stellungnahmen aus internen und externen Inputs. Damit wird sichergestellt, dass sich die Geschäftsleitung der DAV sowie die Vorsteherin des Polizeidepartements jederzeit zu aktuellen, mittel- und langfristigen Themen mit verkehrspolitischer Relevanz für die Stadt Zürich informieren können. So trägt der Trendscanner zur Meinungsbildung in verkehrsrelevanten Angelegenheiten und in der Mobilitätskonzeption bei. Zudem sichert sich die DAV dadurch Kompetenz und Know-How in langfristig verkehrsrelevanten Fragen.
- Gesamtschau Verkehrszonen Stadt Zürich
Erstellen einer Gesamtschau Verkehrszonen Stadt Zürich, welche die einzelnen Verkehrsbereiche transparent darstellt und die Konsensfindung bei Verkehrsprojekten unterstützen soll.
- Verkehrscontrolling/wirkungsorientierte Prüfung verkehrstechnischer Massnahmen
Durch Verkehrsmessungen und Geschwindigkeitsmessungen Grundlagen ermitteln, die den Bedarf an baulichen und/oder organisatorischen Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit aufzeigen. Zusätzlicher Bestandteil bilden Vorher-/Nachher-Analysen.
- Adaptive Verkehrsnetzsteuerung
Umsetzung des Projektes Adaptive Verkehrsnetzsteuerung in der Stadt Zürich (Übergang von einem statischen zu einem dynamischen System der Verkehrssteuerung mit der Möglichkeit, online auf Verkehrslagen zu reagieren) und damit durch optimale Verkehrslenkung nachhaltige Sicherheit und Leistungsfähigkeit des innerstädtischen Verkehrsnetzes sowie Förderung der Lebensqualität in den Quartieren herzustellen.
- Verkehrstechnische Abstimmung Agglomeration und Stadt Zürich; Verkehrsmanagement im Verbund mit den Nachbargemeinden
Durch das Projekt "Verkehrstechnische Abstimmung Agglomeration Zürich" eine enge Zusammenarbeit mit den Agglomerationsgemeinden in verkehrstechnischer Hinsicht zu realisieren. Gewährleistung der thematischen Führungsstellung innerhalb der Verwaltung.

7.4.2 Jahresziele 2007

- Integration der strategischen Projekte gemäss Strategischem Plan
- Leadership Verkehrsmanagement in den aktuellen Verkehrsprojekten
- Kommunikation in den Leadership-Projekten stärker fördern
- Einhalten Budgetvorgaben 2007 in den Produktgruppen (DA Verkehr, Blaue Zone, Parkgebühren)
- Motivierte und zufriedene Mitarbeitende (Team, Aufgabe, Anerkennung, Ausbildung)
- Zusammenwirken Kontrolle Ruhender Verkehr mit Dienstabteilung Verkehr konkretisieren

7.5 Stadtrichteramt

7.5.1 Langfristige Ziele

7.5.1.1 Schwerpunkte

- Kompetenzzentrum Übertretungsstrafrecht
Weitere Konsolidierung als Kompetenzzentrum für Übertretungsstrafrecht und Übertretungsstrafprozessrecht mit mindestens kantonaler Bedeutung. Aktive Beeinflussung von Gesetzgebung und Rechtsprechung auf allen Ebenen und engagierte Mitarbeit bei entsprechenden Projekten.
- Einführung Schweizerische Strafprozessordnung
Mit der Inkraftsetzung dieser ersten, gesamtschweizerisch einheitlichen Strafprozessordnung ist nicht vor dem Jahre 2010 zu rechnen. Aktive Mitarbeit bei der Vorbereitung der Einführung.
- Jugendanwaltschaft für Übertretungsstrafrecht auf kommunaler Ebene
Prüfung einer Übernahme dieser Funktionen im Falle einer kantonalen Delegation und Begleitung der entsprechenden Novellierung der gesetzlichen Grundlagen.

- Überprüfung Organisation und Abläufe Infrastruktur; elektronische Schnittstelle zu städtischen Rapportlieferanten

Prioritär Planung und schrittweiser Aufbau einer elektronischen Schnittstelle zur Stadtpolizei und weiterer Ausbau der Schnittstelle zur ZVO (Zentralstelle für Verkehrs- und Ordnungsbussen der Stadtpolizei).

7.5.1.2 Strategische Projekte

- Verlustscheinbewirtschaftung

Das Projektdesign ist abgeschlossen und abgerechnet. Die personelle Aufstockung und die Übernahme von Verlustscheinen anderer Dienstabteilungen sind im Jahr 2007 vorgesehen. Evaluation im Jahr 2008.

- Bussenkompetenz

Nach dem heutigen Stand der jetzt im Kanton Zürich laufenden legislatorischen Vorbereitungs- und Anpassungsarbeiten für die Einführung des Neuen Allgemeinen Teils des Schweizerischen Strafgesetzbuches dürfte die Erhöhung der Spruchkompetenz für die kommunalen Übertretungsstrafbehörden endgültig vom Tische sein. Das Strategische Projekt ist damit **erledigt**. Neuer Anlauf gegebenenfalls im Zusammenhang mit der Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung mit nochmaliger vorgängiger wirtschaftlicher Evaluation der dannzumal real existierenden Rahmenbedingungen.

7.5.2 Jahresziele 2007

- Konsolidierung

Veränderungen etablieren, Ruhe in Betrieb bringen.

- Gesetzesnovellen

Einführung und Konsolidierung der Änderungen im Zusammenhang mit der Einführung des Neuen Allgemeinen Teils des Schweizerischen Strafgesetzbuches und der Zürcher Strafrechtspflegegesetzgebung per 1. Januar 2007 mit Optimierung der neuen Abläufe unter Einbezug der neuen IT-Prozessmodelle und der angepassten Module; Vorbereitung auf die Anwendung der neuen APV; Anstreben einer einheitlichen Praxis.

- Schnittstelle zum Unfalltechnischen Dienst (UTD) der Stadtpolizei
Konsequente Weiterverfolgung des Projektes mit dem Ziel, Zugriff auf alle Fotos der UTD-Bilderdatenbank zu erlangen, die im StRA pendente Geschäfte betreffen. Einrichtung einer Möglichkeit, die gewünschten Bildausschnitte selbst zu wählen und vergrößert auszudrucken oder entsprechend anliefern zu lassen.
- IT-Sicherheit
Server-Redundanz: Informationstechnologische Sicherstellung des Betriebes des Stadtrichteramtes durch Einsatz eines 'Spiegelservers' an einem Zweitstandort.

Stadt Zürich
Polizeidepartement

Amtshaus 1
Postfach
8021 Zürich